

2281 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Sozialausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 20. Jänner 1981
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Impfschadengesetz geändert
wird

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates
soll das Impfschadengesetz an die durch die Aufhebung der Pocken-
impfpflicht geänderte Rechtslage angepaßt werden. Hierbei wird
ausdrücklich festgelegt, daß Entschädigungsansprüche aufgrund
von Impfungen, die während der Geltungsdauer der Bundesgesetze,
mit denen die Impfpflicht gegen Pocken in den Jahren 1977 bis
1980 ausgesetzt worden war, vorgenommen worden sind, bestehen
bleiben.

Der Sozialausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner
Sitzung vom 27. Jänner 1981 in Verhandlung genommen und einstimmig
beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu
erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Sozialausschuß somit
den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 20. Jänner
1981 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Impfschaden-
gesetz geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1981 01 27

A i c h i n g e r
Berichterstatter

S t e i n l e
Obmann